

Zur Person

Geboren 1954 in München, Ausbildung zum Elektromechaniker und anschließende Tätigkeit als Elektrotechniker.

1972 Eintritt in die IG Metall, Jugendvertreter und Betriebsrat im Ausbildungsbetrieb sowie Vorsitzender des Ortsjugendausschusses der IG Metall.

1979 bis 1984 Studium der Volkswirtschaftslehre und Sozialökonomie in Hamburg, Abschluss als Diplom-Volkswirt und Diplom-Sozialökonom.

1985 Anstellung als Gewerkschaftssekretär der IG Metall Stuttgart. Seit 1995 gewählter Erster Bevollmächtigter der IG Metall Schweinfurt.

2004 Mitinitiator der »Initiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit«. Daraufhin Ausschluss aus der SPD. Gründungsmitglied der »Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit« (WASG).

Auf dem Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE 2007 Wahl zum stellvertretenden Parteivorsitzenden.

Seit 2005 Abgeordneter des Deutschen Bundestages, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE und Leiter des Arbeitskreises »Gesundheit und soziale Sicherung«.

Liebe Wählerinnen und Wähler,

bei dieser Wahl entscheiden Sie, wer die Kosten der Krise bezahlt.

Sind es die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Rentnerinnen und Rentner sowie Arbeitslosen?

Oder gelingt es, die Verursacher zur Verantwortung zu ziehen? Dafür steht DIE LINKE.

Sie entscheiden, ob eine starke Kraft im Bundestag unsere Sozialversicherungen verteidigt.

Sie entscheiden, ob durch eine starke LINKE die Rente ab 67 zurückgenommen wird.

Dafür bitte ich um Ihre Stimme.

Ihr

DIE LINKE, Klaus Ernst
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030/24 00 99 99
klaus.ernst@linksaktiv.de
www.fuer-gerechtigkeit.de



Klaus Ernst

Damit es im Land
gerecht zugeht.

DIE LINKE.

Eine starke LINKE für ein soziales Land

Viele Menschen sorgen sich zu Recht um ihre Zukunft, um die ihrer Familien, ihrer Kinder und Enkelkinder. DIE LINKE nimmt diese Ängste ernst.

Sie vertritt die Interessen von Beschäftigten, Arbeitslosen, Studierenden, Rentnerinnen und Rentnern. CDU, CSU und SPD hingegen haben die Reichen begünstigt und den Spekulantentür und Tor geöffnet. Mitten in der Krise überweisen sie Steuermilliarden ohne Gegenleistung an die Großbanken. Nach der Wahl werden sie den Menschen die Rechnung präsentieren.

Der Staat muss in der Krise energisch handeln. Aber in wessen Interesse? Als einzige Partei sagt DIE LINKE: Hilfgelder für Banken und Unternehmen dürfen keine Geschenke an Aktionäre sein. Wenn Geld fließt, müssen im Gegenzug Anteile der öffentlichen Hand und der Belegschaften entstehen.

Die Krisenlasten müssen gerecht finanziert werden: mit Steuern für Millionäre, auf hohe Vermögen, große Erbschaften und auf Börsenumsätze.

DIE LINKE will Hartz IV abschaffen. Höhere Regelsätze sofort und dann endlich eine gerechte Grundsicherung. Wir wollen keine Hungerlöhne, sondern einen gesetzlichen Mindestlohn, der in den kommenden vier Jahren auf zehn Euro steigen soll. Wir sind gegen die Rente erst ab 67 und für eine verlässliche Alterssicherung. Wir wollen keine Zweiklassen-Medizin. Deutschland braucht eine Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, auch Selbstständige, Beamte, Politikerinnen und Politiker.

Die Regierungen Schröder und Merkel haben den privaten Reichtum gefördert und die öffentliche Infrastruktur verkommen lassen. Diese Fehlentwicklung wollen wir korrigieren. In der Kinderbetreuung und in der Bildung, bei der Pflege und bei sozialen Dienstleistungen gibt es großen Bedarf. Verkehrssysteme und Energiewirtschaft müssen ökologisch umgebaut werden. Öffentliche Investitionen sind das wirksamste Mittel gegen die Krise, und sie sichern gleichzeitig unsere Zukunft.

Mit 100 Milliarden Euro jährlich an zusätzlichen Investitionen und Ausgaben können bis zu zwei Millionen neue Arbeitsplätze entstehen.

Am 27. September haben Sie die Wahl:

- Milliarden für Banken und Finanzhaie. Oder für Arbeitsplätze und Einkommen.
- Noch mehr Bereicherung oben und Armut unten. Oder mehr soziale Gerechtigkeit.
- Beschäftigte, Arbeitslose und Rentnerinnen und Rentner belasten. Oder Millionäre zur Kasse bitten.
- Schulen verkommen lassen. Oder gute und gebührenfreie Bildung für alle.
- Preistreiberei durch Energiekonzerne und Umweltbelastung. Oder sozial-ökologischer Umbau.
- In Afghanistan Krieg führen. Oder zurück zu einer friedlichen Außenpolitik.

Soziale Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige Gesellschaft sind finanzierbar. Man muss nur den Mut haben, für die Mehrheit der Menschen Politik zu machen.

Jede Stimme für DIE LINKE ist eine Stimme gegen Krieg und Ungerechtigkeit, für eine lebenswerte Zukunft. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.